

Stellungnahme zum IQB-Bildungstrend 2021 der Bundesländer

Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 zeigen bundesweit einen enorm hohen Prozentsatz an Kindern, die die anvisierten Mindeststandards nicht erreichen – und dies im Vergleich zu 2016 in einem zunehmenden Maße. So verfehlen mittlerweile in Deutsch je nach Kompetenzbereich zwischen ca. 18 und 30 Prozent der Viertklässler:innen den Mindeststandard, in Mathematik sind es ca. 22 Prozent. Der Prozentsatz ist seit 2016 um 6 bis 8 Prozent gestiegen. Diese Muster und diese doch dramatischen und ungünstigen Trends zeigen sich trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen (mit wenigen Ausnahmen) in allen Bundesländern. Sie berechtigen zu großer Sorge und machen verbesserte Lernbedingungen insbesondere für benachteiligte Kinder dringend notwendig.

So offenbart der im Bildungstrend 2021 festgehaltene Negativtrend im Grundschulbereich weiterhin einen starken Zusammenhang zwischen häuslichem Umfeld (möglichen elterlichen Unterstützungsmaßnahmen), der Ausstattung mit (digitalen) Lernmitteln und den Leistungen der Kinder. Besonders betroffen sind Kinder mit Zuwanderungshintergrund. In dieser Gruppe sind Familien mit Migrationshintergrund mit ungünstigen sozio-ökonomischen Bedingungen deutlich überrepräsentiert. Auch wenn die aktuellen Daten durch die Erhebung während der Pandemie mit Einschränkung zu betrachten sind, so hat sich infolge des laufenden Wirtschaftskriegs die Situation insbesondere der bisher schon benachteiligten Kinder weiter verschlechtert. Die Zahl der von Armut betroffenen Familien wird weiter steigen.

So erhielten die Kinder in den Bundesländern während der Pandemie unterschiedlich viel Präsenzunterricht. Der Anteil von Kindern aus Familien in prekären Verhältnissen stellt sich je nach Bundesland sehr unterschiedlich dar. Zudem ist der Anteil an Zuwandererkindern und Kindern mit traumatischen Erlebnissen nicht nur schulbezogen höchst unterschiedlich, sondern auch zwischen den Bundesländern.

Grundschulen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Personalausstattung und zwar sowohl bezogen auf die Qualifikation und Profession (Anteil der Quereinsteiger:innen, Einsatz von Sozial- und Sonderpädagog:innen, Hilfspersonal) als auch bezüglich der Personaldichte. Hier gibt es nicht nur Unterschiede zwischen den Bundesländern, sondern auch regional. So existiert ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Der Personalmangel im pädagogischen Bereich führt nicht nur dazu, dass die Bundesländer untereinander um qualifizierte Mitarbeiter:innen konkurrieren, sondern zudem auch mit schulfernen Berufsfeldern.

Die Entwicklung der inklusiven Grundschule ist in den Ländern sehr unterschiedlich und verlangsamt sich mit Blick auf Kinder mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF): „Seit dem Schuljahr 2015/2016 ist der Anteil der Kinder mit SPF, die statt einer Förderschule eine allgemeine Schule besuchen, in einigen Ländern weiter gestiegen, in anderen stabil geblieben und in mehreren Ländern zurückgegangen.“ (IQB-Bildungstrend 2021, S. 27).

Obwohl die Grundschule den Einstieg in die schulische Bildungskarriere der Kinder leistet, stehen ihr noch immer die geringsten finanziellen und personellen Ressourcen im Vergleich zu den weiterführenden Schulen zur Verfügung und das, obwohl der Grundschulverband bereits im Jahr 2016 ein Gutachten des Bildungsforschers Dr. Klaus Klemm dazu veröffentlicht hatte. Hamburg bildet hinsichtlich des allgemeinen Trends eine Ausnahme, konnte in den letzten Jahren mehr Ressourcen zur individuellen Förderung einsetzen und den Abwärtstrend in den Leistungsergebnissen umkehren. Investition in Grundschulen verspricht also Wirkung!

Forderungen des GSV:

- Die Lernbedingungen aller Schülerinnen und Schüler in den Bundesländern sind zu verbessern, insbesondere für Schulen in kritischen Lagen sind Prioritäten zu setzen.
- Die personelle und sächliche Ausstattung von Grundschulen muss dringend angehoben werden, insbesondere sind Ressourcen zur individuellen Förderung der benachteiligten Schülerinnen und Schüler verstärkt und langfristig einzuplanen und dürfen nicht als Vertretungsreserve „missbraucht“ werden.
- Die Verantwortung für Zuwandererkinder und Kinder mit traumatischen Erlebnissen kann die Grundschule nicht alleine tragen. Sie braucht sofort Unterstützung durch externe speziell qualifizierte Fachkräfte. Wo die Klassenräume knapp werden, muss Zusatzraum zur Verfügung gestellt werden.
- Die soziale Arbeit mit Familien in prekären Verhältnissen muss jetzt ausgebaut und in Kooperation mit der Grundschule im Ortsteil weiterentwickelt werden, ehe die Wirtschaftskrise noch größeren Schaden anrichtet. Die Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft wird sich ohne zusätzliche Investition in der frühen Bildung und in der Grundschule tendenziell verschärfen und ausweiten.
- Um Fachkräfte gewinnen zu können, müssen die gesellschaftliche Anerkennung und die Attraktivität pädagogischer Berufe, insbesondere der Lehrkräfte der Grundschule, deutlich verbessert werden.
- Die Inklusion an Schulen muss gestärkt werden. Dem begonnenen Rückschritt muss mit allen Mitteln Einhalt geboten werden. Die personellen Ressourcen für die spezielle Förderung von Kindern mit anerkanntem Förderbedarf müssen aus den Förderzentren an die Grundschule verlagert werden.
- Um den zunehmend durch Krisen verschärften Bedingungen schnell begegnen zu können, sind multiprofessionelle Teams in allen Grundschulen zu etablieren und durch geeignete Strukturen abzusichern. Teamarbeit statt Einzelprofilierung ist zu entwickeln.
- Das Bildungswesen erzeugt besonders in der Grundschulzeit durch institutionelle Übergänge einen erhöhten Kooperationsbedarf zur Herstellung einer guten Anschlussfähigkeit

zwischen den Einrichtungen. Daher muss die Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschule, Grundschule und weiterführenden Schulen gestärkt und personell wie strukturell abgesichert werden. Das gilt insbesondere für eine durchgängig zu gestaltende Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf.

- Schul- und Unterrichtsentwicklung (einschließlich der Anschlussfähigkeit zwischen den Stufen) muss vor Ort geleistet werden. Hinderliche Papier- und Strategievorgaben sind zu vermeiden. Es muss aber strukturell, finanziell und personell möglich sein, dass sich die Einzelschule externe Moderation und Unterstützung für ihren Entwicklungsprozess sichert.
- Dieser Forderung steht entgegen, dass erhebliche Mittel und Kapazitäten in eine Vielzahl einzelner Projekte fließen, die nach wenigen Jahren verblassen. Erforderlich ist eine langfristige, unterstützte und evaluierte Entwicklung an jeder Schule.
- Untersuchungen zeigen, dass nur qualitativ hochwertiger Ganztagsunterricht einen Beitrag zur besseren Bildung der Kinder leisten kann. Mit Blick auf den Ganztagsanspruch ab 2026 sind zumindest die Potenziale einer durchgängigen sprachlichen Bildung bzw. Förderung als ein bedeutsames konzeptionelles Element einzubinden und als Ressource verlässlich für alle Kindertageseinrichtungen und Grundschulen abzusichern und anschlussfähig zu gestalten. Auch im Bereich des Mathematiklernens sind die fachdidaktischen Entwicklungen so weit fortgeschritten, dass die durchgängige Förderung aller Kinder gewährleistet werden muss. Die qualitativ hochwertige Ausbildung von zusätzlichen Fachkräften für den Ganztagsbereich ist sofort um ein Vielfaches zu steigern.
- Die Förderung einer begrenzten Anzahl von Einrichtungen reicht nicht aus. Die Lage erfordert sofortiges flächendeckendes politisches Handeln!

29.11.2022

V.i.S.d.P. Susanne Hirsch

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an:



Dipl.-Päd. Edgar Bohn
Vorsitzender
Mobil: 0151 67 20 28 35



Prof. Dr. Ursula Carle